



Wo sind die Europawähler?

Studie zur niedrigen Wahlbeteiligung in neuen EU-Mitgliedsstaaten

Franziska Fislage

Zum Mitnehmen

- Die Bestimmungsgründe für die niedrige Wahlbeteiligung in neuen EU-Mitgliedsstaaten sind vielfältig.
- Eine niedrige Wahlbeteiligung geht nicht zwangsläufig mit einer Unzufriedenheit mit der EU einher.
- Die niedrige Wahlbeteiligung erklärt sich aus dem Desinteresse vieler Politiker, den mangelnden Kenntnissen über die EU und der Angst, die wiedergewonnene nationale Identität zu verlieren.
- Neben der Stärkung der politischen Bildung in den Mitgliedsstaaten und des programmatischen Profils der nationalen Parteien sollte die Kommunikation der in Brüssel getroffenen Entscheidungen verbessert werden.
- Zudem sollte verdeutlicht werden, dass die Schaffung einer europäischen Identität nicht zwangsläufig mit dem Verlust der nationalen Identität einhergeht.

INHALT

- 2 | 1. Einführung**
 - 2 | 2. Sinkende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen**
 - 3 | 3. Fallstudie**
 - 15 | 4. Vergleich mit westeuropäischen Mitgliedsstaaten**
 - 16 | 5. Fazit**
 - 17 | 6. Handlungsempfehlungen**
 - 19 | Literaturverzeichnis**
-

1. Einführung

Vom 22. bis zum 25. Mai 2014 wählten die EU-Bürger¹ die Abgeordneten für ein neues EU-Parlament. Von den Wahlberechtigten blieben fast 60 Prozent der Wahl fern. Die europaweite Wahlbeteiligung ist damit so niedrig wie nie zuvor in der Geschichte der Europäischen Union. Bei der Analyse der 28 EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Wahlbeteiligung weisen insbesondere mittel- und osteuropäische Länder, die erst 2004 und 2013 im Zuge der Ost-Erweiterung der EU beitraten, eine niedrige Wahlbeteiligung auf.

In dieser Fallstudie soll den Bestimmungsgründen für diese niedrige Wahlbeteiligung in fünf der neuen Mitgliedsstaaten nachgegangen werden. Daraus werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die die Wahlbeteiligung in neuen Mitgliedsstaaten erhöhen können. Für die Studie wurden exemplarisch folgende Länder ausgewählt: Kroatien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.² Neben den länderspezifischen Bestimmungsgründen werden auch länderübergreifende Gemeinsamkeiten festgestellt. Abseits bekannter Erklärungsmuster gilt es dabei folgende Fragen zu beantworten: Warum ist die Wahlbeteiligung in den genannten Ländern so niedrig? Spiegelt die niedrige Wahlbeteiligung eine mangelnde Zustimmung zum europäischen Projekt wider? Oder gehen viele Wahlberechtigte nicht wählen, weil sie mit dem Status Quo zufrieden sind? Wie können Politiker, nationale Parteien, die EU und die Zivilgesellschaften dem Trend der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenwirken? Welche Handlungsempfehlungen lassen sich ableiten?

Es wurden Experten aus den untersuchten Ländern befragt, um Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung abseits der üblichen Erklärungsversuche (Normalisierungsthese, Repräsentationsthese, Individualisierungsthese, Postdemokratiethese) zu finden. Diese Interviews lieferten Detailwissen aus den jeweiligen Ländern, aus denen wiederum länderübergreifende Ursachen festgestellt wurden, die Grundlage für Handlungsempfehlungen waren.

2. Sinkende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

Seit Jahren nimmt die Wahlbeteiligung in fast allen europäischen Ländern sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament ab. Bei Betrachtung der Europawahl 2014 zeigt sich, dass die EU-weite Wahlbeteiligung lediglich 42,54 Prozent betrug. Der Anteil derjenigen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, ist damit so niedrig wie nie zuvor in der Geschichte der Europäischen Union (Abbildung 1, Seite 3). Insgesamt weist die europaweite Wahlbeteiligung einen Negativtrend auf: Während sie bei der Wahl 1979 noch bei 61,99 Prozent lag, verlor sie bis zur Wahl 2014 fast 20 Prozentpunkte. Bei der Analyse der Wahlbeteiligung ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Laufe der letzten Jahre viele Länder der EU beigetreten sind, in denen es keine Wahlpflicht gibt und das Wahlbeteiligungsniveau generell niedriger ist als in westeuropäischen Staaten.

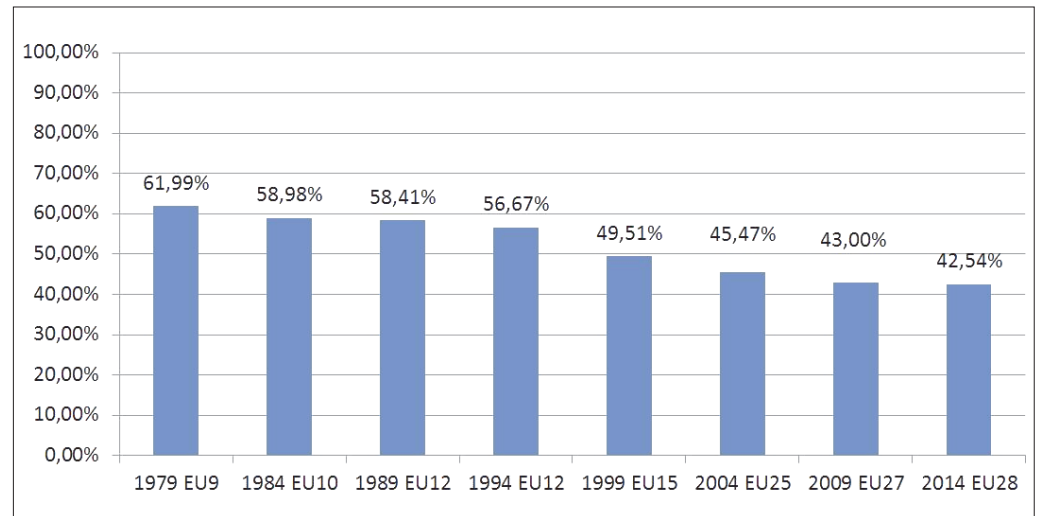
Auch wenn eine niedrige Wahlbeteiligung keine Gefahr für die Demokratie an sich darstellt, da auch Zufriedenheit mit dem Status Quo das Fernbleiben erklären kann, so kann die Abwesenheit der Wähler zu einem Legitimationsproblem führen. Wenn fast 60 Prozent der wahlberechtigten EU-Bürger sich nicht an einer Wahl zum Europaparlament beteiligen, stellt dies die Legitimität der Arbeit des Europäischen Parlaments infrage. Darüber hinaus ist die Legitimität ebenfalls bedeutend für die Stabilität der Europäischen Union. Je mehr Wahlberechtigte die Europäische Union durch ihre Wahlbeteiligung unterstützen, desto eher wird das politische Handeln legitimiert, das vom Großteil der Wahlberechtigten getragen wird.³

Die europaweite Wahlbeteiligung ist von 1979 bis 2014 um fast 20 Prozentpunkte gesunken.

Eine niedrige Wahlbeteiligung stellt die Legitimität der Arbeit des Europäischen Parlaments infrage.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung Europawahl von 1979 bis 2014

Eigene Darstellung⁴



Die Politikwissenschaft beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Wahlbeteiligung und der niedrigen Beteiligung bei Europawahlen. Die Wahlbeteiligung wird u.a. von sozioökonomischen Einflüssen, institutionellen Rahmenbedingungen und der Parteienidentifikation bestimmt. Zu nennen ist ebenfalls der Stellenwert der Europawahl als „second-order election“⁵. Demnach nehmen Europawahlen einen geringeren Stellenwert im Vergleich mit nationalen Wahlen ein, sodass nicht nur die Wahlbeteiligung niedriger ist, sondern auch das Wahlverhalten abweicht. So ist der Erfolg von kleineren Parteien zu erklären, die bei Parlamentswahlen oft chancenlos sind.

In den neuen Mitgliedsstaaten ist der EU-Beitritt selbst für die Bürger oft noch von großem Interesse gewesen, wie die Stimmabgabe bei den Referenden im Zuge der Osterweiterung 2004 gezeigt hat. An den darauffolgenden Wahlen zum Europaparlament beteiligten sich jedoch deutlich weniger Bürger.

3. Fallstudie

Anhand von fünf Fallbeispielen soll den länderspezifischen Ursachen nachgegangen werden, die die niedrige Wahlbeteiligung begründen.

3.1 Fallauswahl

Für die Fallstudie wurden die Daten der 28 EU-Mitgliedsstaaten zur Wahlbeteiligung sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament analysiert. Der Fokus lag dabei auf den jeweils letzten drei Parlaments- und Europawahlen. Länder mit Wahlpflicht wurden aufgrund ihrer konstant hohen Wahlbeteiligung von vorneherein aus der Analyse ausgeschlossen, da diese keine Rückschlüsse auf weitere Erklärungsmuster zulassen.

Abbildung 2: Nationale Parlamente – Wahlbeteiligung

Eigene Darstellung⁶

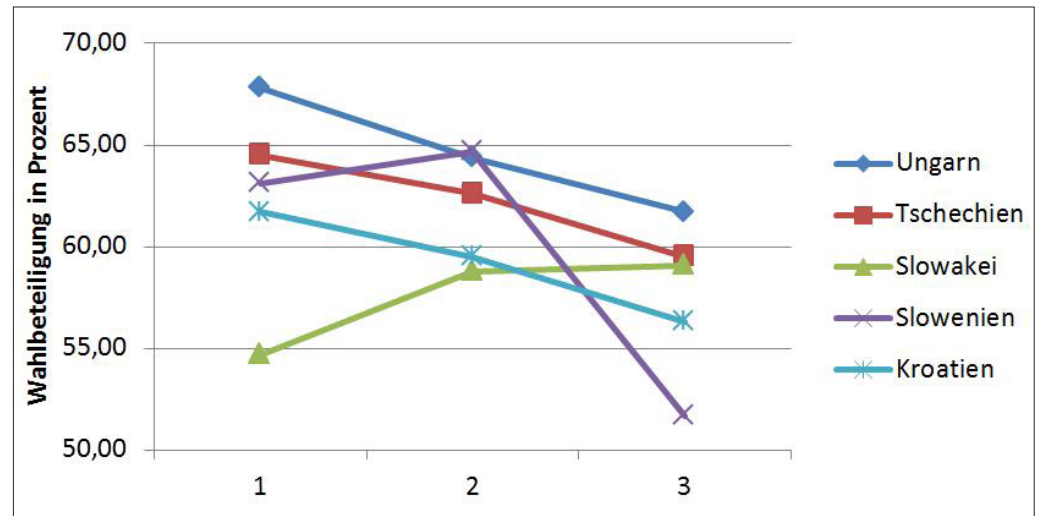
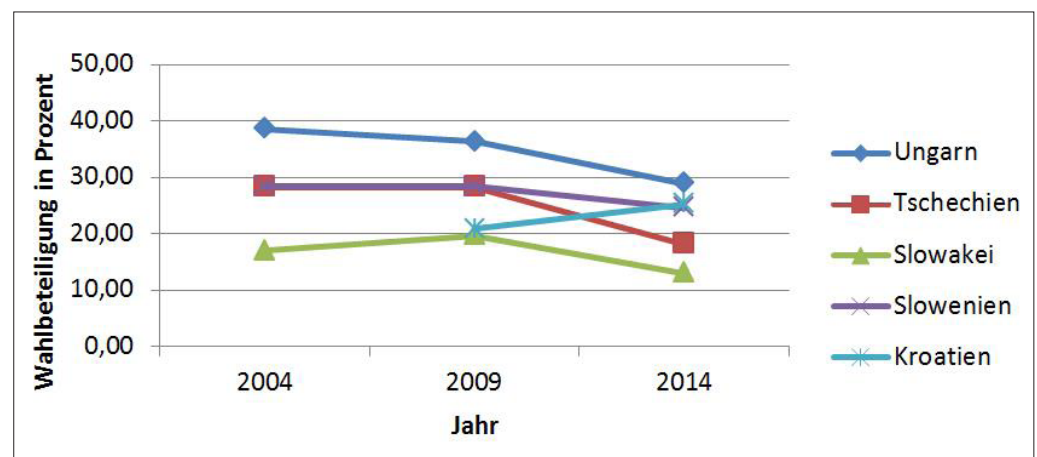


Abbildung 3: Europäisches Parlament – Wahlbeteiligung

Eigene Darstellung⁷



Insgesamt ist die Wahlbeteiligung in allen EU-Mitgliedsstaaten bei Parlamentswahlen höher als bei Europawahlen. Die einzige Ausnahme bildet *Litauen*. Im direkten Vergleich der Nationalratswahlen von 2004 (40,21 Prozent), 2008 (32,37 Prozent) und 2012 (35,91 Prozent) mit der Europawahl 2004 (48,38 Prozent), 2009 (20,98 Prozent) und 2014 (47,35 Prozent) zeigt sich, dass selbst im Wahljahr 2014 die Wahlbeteiligung für die Europawahl deutlich höher lag als die Wahlbeteiligung für die Parlamentswahl.⁸

In vielen anderen Ländern, bspw. *Niederlande*, *Schweden* und *Österreich*, gibt es hinsichtlich der Wahlbeteiligung bei Parlaments- und Europawahlen ebenfalls deutliche Unterschiede. Die Wahlbeteiligungen lassen aber, abgesehen von diesem generellen Unterschied, keine weiteren Auffälligkeiten erkennen. Wahlbeteiligungen bei Parlaments- und Europawahlen sind eher konstant und pendeln dauerhaft um ähnliche Werte oder verändern sich insgesamt proportional zueinander.

Anders hingegen die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Wenn man die Wahlbeteiligung dieser Länder, die erst vor elf Jahren bzw. 2013 im Zuge der Ost-Erweiterung der EU beitraten, mit westeuropäischen Mitgliedsländern ver-

In vielen westeuropäischen Mitglieds-ländern sind die Wahlbeteiligungen an Parlaments- und Europawahlen konstant oder verändern sich proportional zueinander.

gleich, zeigen sich deutliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung, sowohl bei Parlaments- als auch bei Europawahlen.

Die Wahlbeteiligungen an Europawahlen sind in Kroatien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn besonders auffällig.

Wir haben folgende mittel- und osteuropäische Länder ausgewählt und detailliert analysiert: Kroatien, das erst 2013 der EU beitrug, aber eine niedrige Wahlbeteiligung aufweist, Slowakei, aufgrund seines europaweiten Tiefwertes von 13 Prozent bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014, aber eines Anstiegs der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen, sowie Slowenien, Tschechien und Ungarn, aufgrund ihrer auffälligen Unterschiede hinsichtlich der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament (Abbildung 2 und 3).

Die folgende Übersicht fasst die Bestimmungsgründe für das jeweilige Land tabellarisch zusammen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Bestimmungsgründe für die niedrige Wahlbeteiligung in neuen EU-Mitgliedsstaaten

Kroatien	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ungarn
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Langanhaltende Beitrittsverhandlungen ▪ Fehlende Überzeugungskraft der kroatischen Politik für die EU ▪ Unerfüllte Erwartungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ▪ „post-accession“-Schock ▪ Angst, die nationale Identität zu verlieren ▪ Angst vor Souveränitätsverlust ▪ Unzufriedenheit mit der EU ▪ Nationalstaat für politische Angelegenheiten bedeutender als die EU ▪ Gefühl, in der EU nur eine marginale Rolle zu spielen ▪ Schwaches Mobilisierungspotenzial der Parteien ▪ Geringe Parteiidentifikation 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwache Beziehungen zwischen nationalen Politikern und nationalen Vertretern im Europaparlament ▪ Slowakische MdEP sind unbekannt und sitzen in unbedeutenden Ausschüssen ▪ Kaum Wahlkampagnen zur Europawahl ▪ Keine staatliche Finanzierung für Europawahlkampf ▪ Slowakisches Wahlsystem 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fokus lag auf Parlamentswahlen im Juli 2014 ▪ EU nicht Primärinteresse der slowenischen Regierung ▪ Kritische Haltung der Medien und Politiker gegenüber der EU ▪ Angst vor Verlust der ökonomischen Souveränität ▪ Geringe EU-Kenntnisse der Bevölkerung ▪ Geringes EU-Interesse der Bevölkerung ▪ Unverbundenheit der Bevölkerung mit der EU ▪ Unzufriedenheit mit der EU ▪ Politikverdrossenheit ▪ Geringe Parteiidentifikation 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europawahl konnte nicht als „Denkzettelwahl“ dienen ▪ Tschechische Politiker vermeiden europäische Themen ▪ Geringes Engagement der Politiker in der EU ▪ Misstrauen in und Enttäuschung über politische Parteien ▪ Geringes mediales Interesse ▪ Keine thematische Prägung der Wahlkampagnen ▪ Geringes Wahlkampfbudget ▪ Angst vor Verlust der nationalen Identität ▪ Angst vor Verlust der Selbstständigkeit ▪ Geringe Parteiidentifikation 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Motivation aufgrund vorausgegangener Parlamentswahl ▪ Geringes Interesse sowohl der Politiker als auch der Bevölkerung gegenüber der EU ▪ Kein erhofftes Wirtschaftswachstum ▪ Geringer Beitrag der Parteien zu Wählermobilisierung ▪ Schwacher Wahlkampf, da kaum gegensätzliche Positionen der Parteien vorhanden waren ▪ Keine gefühlte Betroffenheit von europäischen Themen ▪ Fehlendes Folgeprojekt nach EU-Beitritt ▪ Themen der EU zu theoretisch und zu abstrakt ▪ Geringe Bedeutung von postmateriellen Themen in der ungarischen Gesellschaft, wie Wertekonflikte, mit denen die EU in Verbindung gebracht wird

3.2 Kroatien⁹

In Kroatien fanden bisher zwei Wahlen zum Europäischen Parlament statt (2013 und 2014).¹⁰ Beim Referendum über den EU-Beitritt im Januar 2012 sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 43,6 Prozent rund 67 Prozent der Kroaten für den EU-Beitritt aus.¹¹

Rückgang bei Parlamentswahlen und nur marginaler Anstieg bei Europawahlen

Nach der ersten Wahl zum Europäischen Parlament 2013 stieg die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 um 4,4 Prozentpunkte leicht an (2013 – 20,84 Prozent; 2014 – 25,24 Prozent). Auch wenn die Wahlbeteiligung an Parlamentswahlen in Kroatien gesunken ist, beteiligen sich durchschnittlich 35 Prozent mehr Wähler an Parlamentswahlen als an Wahlen für das Europäische Parlament (2003 – 61,65 Prozent; 2007 – 59,58 Prozent; 2011 – 54,17 Prozent). Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den letzten drei kroatischen Parlamentswahlen betrug 58 Prozent. Kroatien ist mit 11 Sitzen im Europäischen Parlament vertreten.

Abbildung 4: Wahlbeteiligung Kroatien

Eigene Darstellung¹²



Die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung bei Europawahlen sind vielfältig. Neben der gängigen Erklärung, dass auch in Kroatien die Europawahl von geringerer Bedeutung ist und den Stellenwert einer second-order-election einnimmt, gibt es diverse Gründe, die sich aus dem Experteninterview ergaben.

Lange Beitrittsverhandlungen und post-accession-Schock erschweren Euphorie

Zum einen zog sich der EU-Beitritt Kroatiens unter anderem aufgrund Sloweniens Widerstands sehr lange hin. Bevor Kroatien das 28. EU-Mitglied werden konnte, sollten vorab die slowenisch-kroatischen Grenzfragen geklärt werden. Dabei ging es vor allem um die Hoheitsgewässer in der Adria. Slowenien blockierte weitere Beitrittsverhandlungen, die erst wieder aufgenommen werden konnten, nachdem sich beide Länder darauf einigten, den Grenzstreit von einem internationalen Gericht klären zu lassen.¹³ Die langanhaltenden Beitrittsverhandlungen haben bereits im Vorfeld des Referendums 2012 den Enthusiasmus für den geplanten EU-Beitritt in der kroatischen Bevölkerung reduziert. Für viele war nicht mehr nachvollziehbar, warum Kroatien überhaupt ein Mitglied der EU werden sollte. Darüber hinaus hat nach dem EU-Beitritt ein gemeinsames bedeutendes Projekt gefehlt, das sowohl von Kroatien als auch von der EU getragen wurde.

Durchschnittlich beteiligen sich 35 Prozent mehr Wähler an Parlaments- als an Europawahlen.

Nach langanhaltenden Beitrittsverhandlungen fehlte ein gemeinsames Folgeprojekt mit der EU.

Erhoffte wirtschaftliche Effekte blieben in Kroatien aus.

Zum anderen hat die Wirtschafts- und Finanzkrise dazu beigetragen, dass die Erwartungen der Kroaten nicht erfüllt wurden. Das EU-Projekt wurde zunehmend kritischer gesehen. Die Beitrittsverhandlungen und der Beitritt 2013 im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise sorgten dafür, dass Kroatien nach wie vor unter einem „post-accession“ Schock stand. Der Beitritt hatte kaum positive wirtschaftliche Effekte für Kroatien. Der Arbeitsmarkt litt unter einem signifikanten Rückgang an Anstellungen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang des Reallohns führten zum Rückgang der Konsumausgaben. Trotz der EU-Mitgliedschaft erwarteten Experten für 2014 eine weitere ökonomische Stagnation und einen Rückgang des GDP um ein Prozent. Bislang blieben die erhofften ökonomischen Vorteile des EU-Beitritts aus. Eher das Gegenteil war der Fall: Steueränderungen haben Milliarden Kuna des Steuereinkommens außerhalb des Landes gebracht.

Angst vor der „Eingliederung“ in die EU

Zudem verstärkte sich die Angst, durch den EU-Beitritt an nationaler Identität zu verlieren. Führende Außenpolitiker sprachen von einer „Eingliederung“ des Landes in die EU. Die Wähler fühlten sich mit dem Begriff „Eingliederung“ an Zeiten im ehemaligen Jugoslawien erinnert. Sie befürchteten wieder Teil eines supranationalen Gefüges zu werden und einen Souveränitätsverlust zu erleiden.

In Kroatien prägte die kommunistische Vergangenheit die Debatte um den Verlust der nationalen Identität.

Die niedrige Wahlbeteiligung wird in Kroatien mit der Unzufriedenheit gegenüber der EU in Verbindung gebracht. Dabei sind zwei Aspekte zu betonen: Zum einen die kommunistische Vergangenheit: Viele Kroaten sind vor diesem Hintergrund in Fragen der nationalen Identität sehr sensibilisiert und befürchten, sie in der Europäischen Union zu verlieren. Die Entfremdung gegenüber europäischen Institutionen ist in Ländern stärker ausgeprägt, die gerade erst dabei sind, Demokratien aufzubauen, nachdem sie Jahre lang unter einem kommunistischen, diktatorischen supranationalen System zusammengehalten wurden.

Das Gefühl in der EU nur eine marginale Rolle zu spielen, mindert die Wahlbeteiligung.

Zum zweiten realisieren die kroatischen Wähler, dass es trotz steigender Autorität des EU-Parlaments und dessen Rahmenvorgabe der Nationalstaat ist, in dem politische Angelegenheiten unter Beibehaltung der Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Im EU-Parlament geht es eher um politische Konzepte als um die politische Umsetzung. Da die tatsächliche Umsetzung für die Wähler von größerer Bedeutung ist, nutzen sie Parlamentswahlen, um ihrem Willen Ausdruck zu verleihen. In diesem Zusammenhang steht, dass Kroatien nur eine marginale Rolle in der EU spielt und damit das Gefühl entsteht, keinen eigenen kroatischen Beitrag zum europäischen Projekt leisten zu können.

Mangelhafte Wählermobilisierung und mangelnde Euphorie

Die geringe Parteidentifikation trägt zur niedrigen Wahlbeteiligung bei.

Ein weiterer Grund, warum Wahlberechtigte aus post-kommunistischen Ländern nicht zur Wahl gehen, ist das schwache Mobilisierungspotenzial der Parteien. Politische Parteien sind nicht nur weniger aktiv in der Wählermobilisierung, sondern auch in der Rekrutierung von neuen politischen Eliten. Die Parteien sind anders als in anderen Ländern kaum mit der Gesellschaft verbunden. Die Parteimitglieder sind in Korruptionsskandale verwickelt und nicht in der Lage, die Interessen der Bürger in die Politik zu tragen. Aus diesem Grund ist nur eine kleine Zahl an Wahlberechtigten in der Lage, sich mit einer Partei zu identifizieren. Ein Großteil der Wahlberechtigten ist nicht an der Teilnahme am politischen Prozess interessiert. Kroatische Parteien vermitteln in der Öffentlichkeit das Bild, dass die Hälfte der kroatischen Gesetzesvorhaben von der EU beschlossen werden, ohne zu konkretisieren, um welche Gesetze es sich dabei handelt und welche Haltung die kroatische Politik gegenüber den europäischen Vorgaben einnimmt.

Unmut und enttäuschte Hoffnungen

In Kroatien begründen vor allem Unmut und die enttäuschten Hoffnungen die niedrige Wahlbeteiligung. Kroatien befürchtet nicht nur die eigene nationale Identität zu verlieren, sondern es fehlt nach langanhaltenden Verhandlungen die Überzeugungskraft für das EU-Projekt. Die niedrige Wahlbeteiligung kann für den kroatischen Fall auch als Ausdruck der Unzufriedenheit verstanden werden.

Die Europawahl in Kroatien ist eine second-order-election. Ein Grund dafür ist das Kommunikationsverhalten der nationalen Parteien, denen es nicht gelingt, Wähler zu mobilisieren und die das EU-Projekt nicht so bewerben, wie es in westeuropäischen und älteren EU-Mitgliedsstaaten der Fall ist.

Sowohl die Bevölkerung als auch die Regierung haben sich in Kroatien deutlich für den Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen. Weniger deutlich haben es Politiker, Parteien und Zivilgesellschaft verstanden, dass Arbeit und Einsatz für Europa auch nach dem Beitritt erforderlich sind.

3.3 Slowakei¹⁴

Die Slowakei trat im Zuge der Ost-Erweiterung 2004 der EU bei. Bei dem Referendum stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 52,15 Prozent 93,71 Prozent der Wahlteilnehmer für den Beitritt.¹⁵ Die Slowakei ist mit 13 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten.

Slowakei bildet das Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament

Nach der Europawahl stand die Slowakei wegen ihrer niedrigen Wahlbeteiligung im Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Sie war mit 13 Prozent so niedrig wie in keinem anderen EU-Mitgliedsstaat. Zudem differiert die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen und Parlamentswahlen in keinem Land so sehr wie in der Slowakei. An den Parlamentswahlen der letzten Jahre beteiligten sich zwischen 54 Prozent und 59 Prozent der Wähler (2006 – 54,67 Prozent; 2010 – 58,84 Prozent; 2012 – 59,11 Prozent), bei den Wahlen für das Europäische Parlament lag die Wahlbeteiligung um durchschnittlich 40 Prozentpunkte darunter (2004 – 16,97 Prozent; 2009 – 19,64 Prozent; 2014 – 13,05 Prozent: siehe Abbildung 5, Seite 9).

Zufrieden mit der EU, aber:

Obwohl die Wahlbeteiligung zur Europawahl 2014 so niedrig war wie noch nie, ist das nicht unbedingt – im Gegensatz zu Kroatien – auf eine Unzufriedenheit mit der EU zurückzuführen. Die politischen Parteien und ihre Kampagnen gelten als ursächlich für die niedrige Wahlbeteiligung.

Für Vertreter der politischen Parteien in der Slowakei hat das europäische Projekt keinen so großen Stellenwert wie die nationalen Interessen. Entsprechend weniger intensiv wird der Kontakt nach Brüssel gepflegt. Man ist dort mit unbekanntem Politikern vertreten, die in unbedeutenden Ausschüssen sitzen, deren Arbeit die slowakischen Interessen wenig berührt. Würden slowakische Europaabgeordnete über ökonomische und monetäre Regularien in Brüssel mitentscheiden, wäre die Wahrnehmung der EU bei den Bürgern deutlich verstärkt. Die politischen Parteien motivieren weder die Wähler, noch erkennen sie selbst die Wichtigkeit der EU für den nationalen Erfolg.

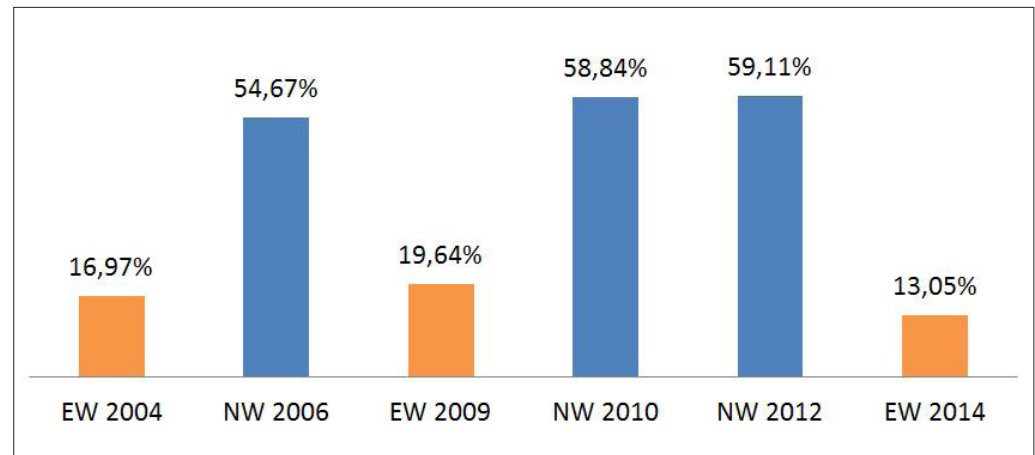
Arbeit und Einsatz für Europa sind auch nach dem EU-Beitritt wichtig.

Mit 13 Prozent war die Wahlbeteiligung an der Europawahl 2014 in der Slowakei am niedrigsten.

Unbekannte Politiker repräsentieren die Slowakei in der EU.

Abbildung 5: Wahlbeteiligung Slowakei

Eigene Darstellung¹⁶



Da es fast keine Wahlkampagnen gab, konnten die Wähler nicht zur Teilnahme an der Europawahl mobilisiert werden.

Außerdem sind die Wahlen zum Europäischen Parlament von den Parteien nicht genügend beworben worden. Da es so gut wie keine Wahlkampagnen gab, waren die Wähler entsprechend wenig motiviert. Das lag nicht nur am mangelnden Interesse der Politik, sondern auch am Mangel finanzieller Ressourcen für den Wahlkampf. Für den Europawahlkampf werden den Parteien keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Ganz anders die Kampagne vor dem Beitrittsreferendum 2003, die den EU-Beitritt bewarb. Für die Befürworter war gerade die kommunistische Vergangenheit ein wichtiges strategisches Argument; der Beitritt zur Europäischen Union sollte schnellstmöglich erfolgen. Danach hielten weder die Politiker noch die Parteien das Interesse an der EU aufrecht.

Das slowakische Wahlsystem stößt auf Unzufriedenheit.

Ein weiterer bedeutender Aspekt ist das Wahlsystem in der Slowakei. Im slowakischen Wahlrecht ist es nur möglich, zunächst eine Partei und dann zwei der dieser Partei angehörenden Kandidaten zu wählen. Man kann nicht seine Parteienstimme abgeben und dann den oder die Kandidaten einer anderen Partei wählen. Außerdem gibt es nur einen Wahlkreis. Die kandidierenden Personen sind häufig unbekannt und haben keine lokale Anbindung. Der Wähler fragt sich, warum er einen ihm nicht bekannten Kandidaten wählen soll, der in der nationalen Politik gescheitert ist und nun auf eine Anstellung in Brüssel hofft.

Dennoch: Einbindung in ein supranationales System als Chance

Das mangelnde Wissen über die EU und die Wichtigkeit der Wahrung der nationalen Identität, wie sie der kroatische Experte als Wahlverweigerungsgrund beschrieben hat, sind als Erklärung für die niedrige Wahlbeteiligung in der Slowakei eher nachrangig. Die Einbindung in ein supranationales System war den Slowaken in den 1990er Jahren wichtig und ist es noch heute. Mangelnde Wahlbeteiligung spiegelt keineswegs Unzufriedenheit wider. Aber der Politik ist es nicht gelungen, die Bedeutung des europäischen Projekts zu kommunizieren und die Slowaken für die Wahlen zu mobilisieren. Die Politiker und die Parteien sind in der Pflicht, an ihrem Engagement für die EU zu arbeiten.

3.4 Slowenien¹⁷

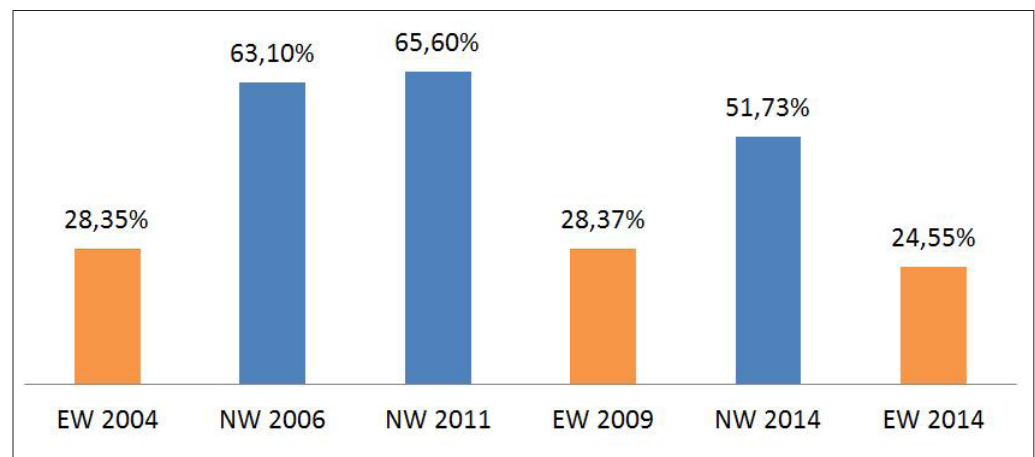
Auch in Slowenien ist der deutliche Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen und bei Europawahlen zu nennen. Während die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen durchschnittlich 63 Prozent beträgt, liegt sie bei Wahlen zum Europaparlament bei 27 Prozent. Beim Referendum 2003 stimmten noch 89,64 Prozent der Wahlberechtigten (Wahlbeteiligung von 60,44 Prozent) für den EU-Beitritt.¹⁸ Slowenien ist mit acht Abgeordneten im EU-Parlament vertreten.

Roller Coaster bei Parlamentswahlen, Talfahrt bei Europawahlen

Lag die Wahlbeteiligung zum Nationalparlament 2006 bei 63,10 Prozent, stieg sie bei den Parlamentswahlen 2011 auf 65,60 Prozent und fiel dann in 2014 auf 51,73 Prozent ab. Bei den Europawahlen ist die Wahlbeteiligung ebenfalls gesunken. 2004 lag sie bei 28,35 Prozent, stieg dann um 0,02 Prozentpunkte auf 28,37 Prozent in 2009 und fiel bei der Europawahl 2014 auf 24,55 Prozent.

Abbildung 6: Wahlbeteiligung Slowenien

Eigene Darstellung¹⁹



Das Superwahljahr 2014

Das Wahlergebnis der Europawahl 2014 steht in engem Zusammenhang mit den bisherigen politischen Turbulenzen in Slowenien. Ende April 2014 hatte die Regierung unter Alenka Bratušek ihren Rücktritt angekündigt: Neuwahlen hatten im Juli stattgefunden. Im slowenischen Superwahljahr wurde eine niedrige Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament erwartet. Der Fokus lag auf der anstehenden Parlamentswahl, nicht auf der Europawahl.

Geringes Interesse, geringe Kenntnisse, geringe Politikbegeisterung

Dennoch gibt es auch abseits der Parlamentswahlen Aspekte, die die niedrige Wahlbeteiligung in Slowenien begründen. Das geringe Interesse, mangelnde Kenntnisse und Politikverdrossenheit zählen zu den wichtigsten Bestimmungsgründen. Diese rühren von der slowenischen Kritik an der EZB, dem IWF und der EU-Kommission, die für die slowenische wirtschaftliche Misere im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich gemacht wurden. Die Medien nahmen diese Kritik auf und beklagten die hohen Gehälter der EU-Abgeordneten. Sie unterstützten damit den europakritischen Kurs von Bratušek. Insbesondere die Regierung verstand die unbe-

Die Wahlbeteiligung differiert zwischen Parlamentswahl und Europawahl um durchschnittlich 33 Prozentpunkte.

Die Europawahl fand im Schatten der Parlamentswahlen statt.

In der EU getroffene Entscheidungen stoßen nicht auf Interesse.

Nicht die Angst um die nationale Identität stand beim EU-Beitritt im Vordergrund, sondern die Angst um die ökonomische Souveränität.

Sowohl bei Parlaments- als auch bei Europawahlen nimmt die Wahlbeteiligung in Tschechien ab.

liebten Maßnahmen als ein Brüsseler Diktat. Zudem ist das europäische Projekt nicht das Primärinteresse der slowenischen Regierung und Institutionen, sodass sie die Wähler nicht überzeugten, zur Wahl zu gehen. Die slowenische Bevölkerung ist nicht mit der EU verbunden, sodass die Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, nicht das Interesse der Wähler weckten. Des Weiteren spielt die Unzufriedenheit mit der EU eine Rolle, auch wenn klare Kritikpunkte in der Gesellschaft unausgesprochen bleiben. Obwohl die Bevölkerung beim Referendum enthusiastisch war, zeigt sich heute, dass das Interesse gering ist. Dies unterstützt die Erklärung, dass der EU-Beitritt das primäre Ziel war.

Anstatt das Interesse für die Europäische Union zu wecken, vermitteln die slowenischen Institutionen und die Regierung den Eindruck, dass die Entscheidungen aus Brüssel hingenommen werden müssten. Es sind somit vor allem die Regierung und die Parteien, die nicht in der Lage sind, ihre Wähler zu mobilisieren. Dies steht ebenfalls im Zusammenhang mit der niedrigen Parteiidentifikation.

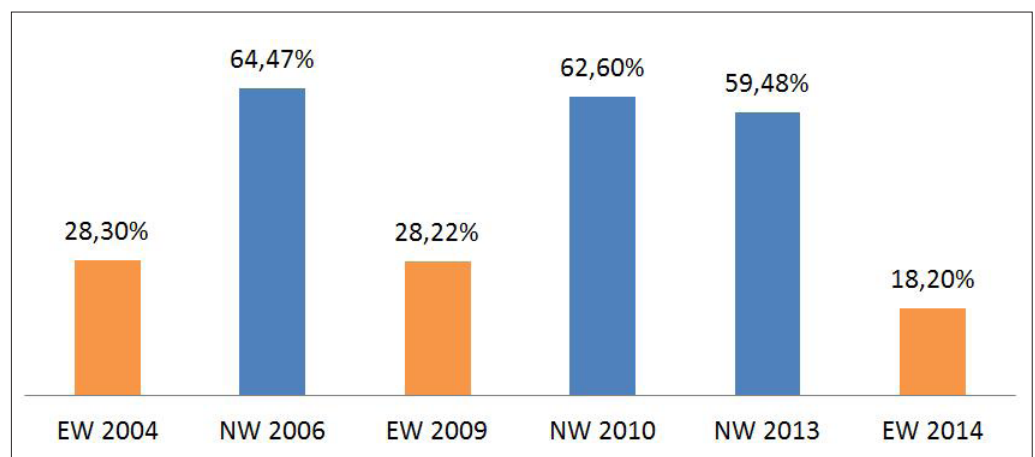
Die nationale Identität spielt – ähnlich wie in der Slowakei – keine bedeutende Rolle. Stattdessen fürchteten EU-Kritiker und Teile der Bevölkerung den Verlust der ökonomischen Souveränität.

3.5 Tschechien²⁰

Tschechien trat 2004 der EU bei. Bei dem vorangegangenen Referendum 2003 stimmten 77,33 Prozent der Wähler für den Beitritt. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,21 Prozent.²¹ Bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 lag die Wahlbeteiligung in Tschechien bei 28,30 Prozent und sank 2009 minimal auf 28,22 Prozent. Bei der jüngsten Europawahl 2014 (18,20 Prozent) erfuhr sie einen Einbruch von zehn Prozentpunkten. Tschechien ist mit 21 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Bei Parlamentswahlen lag die Wahlbeteiligung bei den letzten drei Wahlen (2006, 2010 und 2013) bei durchschnittlich 62 Prozent. Im Zeitverlauf nahm die Wahlbeteiligung ab. 2006 lag sie bei ungefähr 64 Prozent, 2010 sank sie auf 62 Prozent und dann noch einmal auf ungefähr 59 Prozent in 2013. Die Durchschnittswerte der Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen und Europawahlen differieren um circa 36 Prozentpunkte.

Abbildung 7: Wahlbeteiligung Tschechien

Eigene Darstellung²²



Vermeidung von europäischen Themen in der nationalen Debatte

Die niedrige Wahlbeteiligung in Tschechien hat verschiedene Bestimmungsgründe. 2013 fanden in Tschechien Parlamentswahlen statt. Zur Zeit der Europawahl hatte die neue Regierung gerade erst ihre Arbeit aufgenommen. Die Europawahl konnte somit nicht als eine „Denkzettelwahl“ genutzt werden. Auch die Opposition konnte keine konkreten Kritikpunkte an der neuen Regierung anführen, die für den Europawahlkampf genutzt werden konnten. Zwar hatte jede Partei ein Wahlprogramm gehabt mit dem sie versuchten, europäische Themen aufzugreifen. Die Ideen und Prioritäten waren aber derart unterschiedlich, dass kein Thema den Wahlkampf prägen konnte. Die Wähler konnten somit keine inhaltliche Bedeutung der Europawahl erkennen. Zudem ist die generelle Herangehensweise der tschechischen Parteien zu bemängeln: Europäische Themen werden vermieden, da sie für die nationale Karriere und die nationale Politikarbeit weniger hilfreich sind.

Geringes Wahlkampfbudget, geringe Parteiidentifikation sowie Enttäuschung sind grundlegende Probleme

Auch für Tschechien trifft zu, dass das Wahlkampfbudget sehr viel geringer – drei bis fünf Mal weniger als das Budget der letzten Parlamentswahl – ausfällt. Die Europawahl ist folglich weitaus weniger präsent. Hinzu kommt das geringe Interesse der Medien, das auch in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern auffällig ist.

Die Parteiidentifikation ist in Tschechien eher gering. Die politischen Parteien ernten nicht nur viel Misstrauen sondern auch die Enttäuschung der Wähler. Dennoch konnte dies den europaskeptischen Parteien nicht in die Hände spielen. Im Gegenteil: Die Europaskeptiker haben in Tschechien an Stimmen eingebüßt. Zwar zeigen Umfragen, dass die Tschechen der EU eher skeptisch gegenüber stehen, dies ist aber nicht stark genug ausgeprägt, um europaskeptische Parteien tatsächlich zu wählen. Eine niedrige Wahlbeteiligung lässt nicht zwangsläufig auf Unzufriedenheit schließen.

Zudem ist der geringe Einfluss Tschechiens in der EU ein Grund für die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl. Laut einer Umfrage des European Values Think-Tank antworteten 35 Prozent der Befragten, dass die Auswirkungen der tschechischen Mitgliedschaft in der EU negativ seien, 26 Prozent seien indifferent und lediglich 37 Prozent sähen die Auswirkungen positiv. Die unerfüllten Erwartungen, z.B. bezüglich des Wirtschaftswachstums, könnten sich somit auch in der Wahlbeteiligung widerspiegeln haben. Auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise Tschechien nicht wirklich getroffen hat, so blieb die negative Assoziation als Teil der öffentlichen Meinung erhalten.

„About us without us“

Vor dem EU-Beitritt schürten die EU-Gegner die Angst, dass mit einem Beitritt die nationale Identität in Gefahr sei. Durch den EU-Beitritt würde die tschechische Identität mit der EU-Identität verschmelzen. Zwar war die Angst nicht derart groß, aber sie spielte eine entscheidende Rolle bei der Frage nach dem Verlust der Selbstständigkeit. Dies rührt von der tschechischen Vergangenheit, dass Entscheidungen über Tschechien gefällt wurden, ohne die tschechischen Interessen zu berücksichtigen („about us without us“). Brüssel wurde in diesem Zusammenhang als die neue Stadt gesehen, die die Entscheidungen fällt, ohne dass Tschechien Einfluss ausüben konnte. Davor hat dies auf Moskau zugetroffen, davor auf Berlin und im Königreich Österreich-Ungarn auf Wien. Viele Politiker nutzten diese Narrative, die bei den Wählern Nachhall fand.

Die Europawahl 2014 konnte nicht als „Denkzettelwahl“ genutzt werden.

Die Politiker ernten viel Misstrauen und Enttäuschung der Wähler, weshalb sie es nicht schaffen, die Wähler zu mobilisieren.

Die Angst vor dem Verlust der Selbstständigkeit und der nationalen Identität spielt in Tschechien eine bedeutende Rolle.

Tschechische Politiker sind oftmals nicht in der Lage, über europäische Themen zu diskutieren.

Das Misstrauen der Wähler gegenüber den Politikern ist besonders hinsichtlich der EU bedeutend. Lediglich die ersten drei Kandidaten einer Partei sind in der Lage, über europäische Themen zu sprechen und einen Beitrag zur europäischen Debatte zu leisten. Dies weist Ähnlichkeiten mit der Slowakei auf, wo nur wenige Politiker über Kenntnisse der europäischen Agenda verfügen. Hinzu kommt, dass die tschechischen Parteien die EU-Institutionen nicht angenommen haben und auch die Funktionen der EU weniger bekannt sind. Damit einhergehend ist das europäische Engagement der Politiker gering.

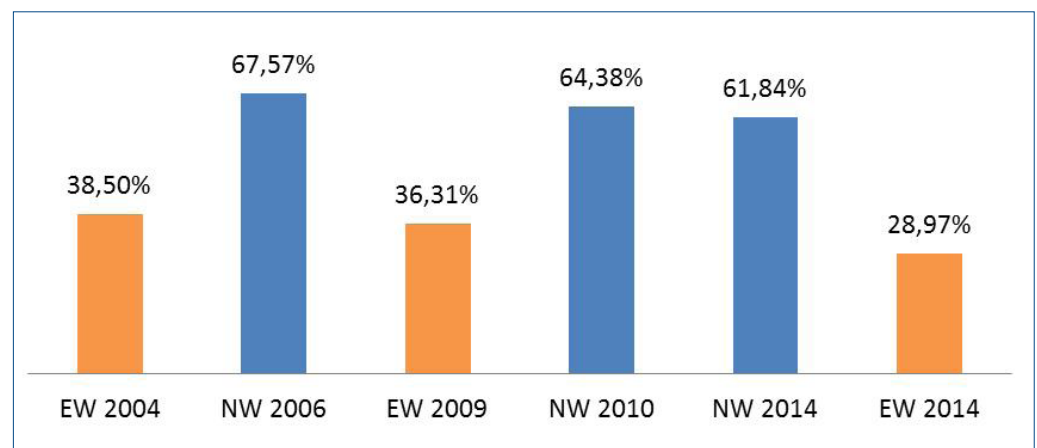
Die Wahlbeteiligung hat bei den Europawahlen deutlicher als bei den Parlamentswahlen abgenommen.

3.6 Ungarn²³

Die Wahlbeteiligung in Ungarn lag bei der Europawahl 2014 bei 28,97 Prozent. 2014 fanden in Ungarn ebenfalls Parlamentswahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 61,73 Prozent und war fast 33 Prozentpunkte höher als bei der Europawahl im selben Jahr. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Europawahlen abgenommen hat. Bei Parlamentswahlen bedeutet dies einen Rückgang von 67,57 Prozent (2006) auf 61,84 Prozent (2014) und somit knapp 6 Prozentpunkten. Die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament fällt deutlicher aus: An der ersten Europawahl, an der Ungarn aufgrund seines Beitritts 2004 teilnahm, beteiligten sich 38,50 Prozent der Wahlberechtigten. Fünf Jahre später sank sie minimal um zwei Prozentpunkte auf 36,31 Prozent (2009) und noch einmal um 8 Prozentpunkte auf 28,97 Prozent (2014). Insgesamt ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen deutlicher gesunken als bei Parlamentswahlen. Der Unterschied ist deswegen von Interesse, weil sich 2003 83,67 Prozent der Wähler, bei einer Wahlbeteiligung von 45,62 Prozent, deutlich für den EU-Beitritt aussprachen.²⁴

Abbildung 8: Wahlbeteiligung Ungarn

Eigene Darstellung²⁵



Europawahl konnte nicht als Denkmittelwahl genutzt werden

Die Motivation innerhalb von zwei Monaten an zwei Wahlen teilzunehmen, war in Ungarn sehr gering.

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Mai 2014 wird mit der vorangegangenen Parlamentswahl im April 2014 begründet. Diese wurde bereits klar entschieden, sodass die Wähler an einer weiteren Wahl nicht mehr interessiert waren. Die Motivation für einen weiteren Urnengang nahm ab. Generell gilt in diesem Zusammenhang, dass die ungarische Bevölkerung die bisherigen Europawahlen stets als Zeichensetzung für nationale politische Veränderungen nutzte. Da

erst einen Monat vorher Parlamentswahlen stattgefunden hatten, war dieser Beweggrund nicht vorhanden.

Bei der ersten Wahl 2004 ist die damalige sozialliberale Regierungspartei nicht besonders populär gewesen, sodass die damalige Opposition und die jetzige Regierungspartei Fidesz die Wähler aufgrund ihres Wahlkampfes besser mobilisieren konnten. Zwei Monate nach der Europawahl 2004 musste der Ministerpräsident gehen, weil die Partei die Wahl verloren hatte. Auch 2009 waren die Sozialisten sehr unpopulär, sodass die Fidesz Partei beim Europawahlkampf bereits ein Zeichen für die anstehenden nationalen Wahlen setzte.

Ungarische Kritik an Brüssel schwächt Unterstützung für die EU

Zudem ist das Interesse an Europa in Ungarn nicht derart vorhanden wie in anderen Ländern. Laut einer Studie des Nézőpont Instituts konnten nur fünf Prozent der Befragten den Spitzenkandidaten der EVP bei der Europawahl 2014 nennen. Hinzu kommt, dass die Parteien keinen großen Beitrag zur Wählermobilisierung für die Europawahl geleistet haben. Stattdessen ist die Regierung in den letzten Jahren insbesondere durch die Kritik an Brüssel populär geworden, weil die EU verschiedene Verfahren gegen sie eingeleitet hat.

Des Weiteren begründet der Wahlkampf die niedrige Wahlbeteiligung. Während sich die Parteien auf nationaler Ebene deutlich ins rechte und linke Lager spalten, ist in der EU eine große Koalition die gängige Praxis. Dadurch wurden kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Fraktionen deutlich. Der Wahlkampf war weder kontrovers noch konnte das Interesse der Wähler geweckt werden.

Nationale Themen überwiegen europäische Themen

Die EU und die 21 ungarischen EU-Abgeordneten spielen in der ungarischen Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Die ungarische Bevölkerung fühlt sich von den in Brüssel besprochenen Themen nicht direkt betroffen und diese sind zudem zu theoretisch und zu abstrakt, als dass sie die Aufmerksamkeit der Wähler in Ungarn auf sich ziehen könnten. Für die Parlamentswahlen 2014 konnten die Wähler jedoch mobilisiert werden. Dies hing mit der Energiekostenreduzierung zusammen, die die Bevölkerung seit Jahren beschäftigte. Dies war Hauptthema des Wahlkampfes und wurde von den Wahlberechtigten aufgrund der Betroffenheit als wichtig angesehen. Zwar versuchte die EU durch einen personalisierten Wahlkampf und der Senkung der Roaminggebühren die Aufmerksamkeit zu wecken, ansonsten waren die Themen der EU aber nicht von Interesse. Selbst die Maßnahme des personalisierten Wahlkampfes um Jean-Claude Juncker hatte keinen Erfolg.

Themen, die in anderen Ländern auch auf europäischer Ebene von Bedeutung sind, nehmen in Ungarn keinen oder nur einen geringen Stellenwert ein. In vielen Ländern spielt die Einwanderung eine große Rolle. Ungarn hat aber kaum Einwanderer und die Anzahl der Einwanderer nimmt ab²⁶, weswegen die Betroffenheit und das Interesse gering sind. Des Weiteren ist die Außenpolitik in Ungarn nicht von so großer Bedeutung wie bspw. in Polen, wo das Interesse für den derzeitigen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine größer ist. Ungarn beschäftigt sich überwiegend mit ungarischen Themen und ist weniger offen für europäische Interessen.

Geringes Interesse der Wähler und ein unspektakulärer Wahlkampf erschweren die Wählermobilisierung.

Das geringe Gefühl der Betroffenheit trug dazu bei, dass Wähler der Wahl fernblieben.

Die EU als postmaterielle Wertegemeinschaft

Auch die Gesellschaft an sich spielt für die Wahlbeteiligung eine bedeutende Rolle. Die ungarische Gesellschaft ist nach wie vor eher materialistisch geprägt. Materialistische Themen sind wichtiger als postmaterielle Themen, wie Wertekonflikte. Die EU hat aber im Vergleich zur nationalen Regierung weniger mit materiellen Anliegen zu tun. Schließlich ist es die nationale Regierung, die das Geld verteilt. Die nationale Regierung nimmt somit einen höheren Stellenwert als die EU ein.

In Ungarn nehmen materialistische Themen nach wie vor einen hohen Stellenwert ein.

Selbst wenn das Interesse für die EU in Ungarn nicht groß ist, darf die niedrige Wahlbeteiligung nicht als Unzufriedenheit mit der EU verstanden werden. Dies zeigte sich insbesondere bei der Befürwortung des EU-Beitritts 2003, bei dem 83,76 Prozent der Wahlteilnehmer für den Beitritt stimmten.²⁷ Die Regierungs- und die Oppositionspartei unterstützten den EU-Beitritt. Durch den Beitritt konnten Gelder aus Brüssel in Anspruch genommen werden. Das primäre Ziel war erreicht.

Es fehlt ein gemeinsames Folgeprojekt

Nach dem Beitritt fehlte ein Folgeprojekt, für das sich die politischen Akteure und die Bevölkerung einsetzen konnten. Damit zusammenhängend war auch die Wahlbeteiligung niedriger als zuvor. Im Anschluss an den Beitritt zeigte sich zudem, dass das Wirtschaftswachstum in Ungarn trotz EU-Beitritt fast stagnierte bzw. zurückging. Die Hoffnung, das österreichische Lebensniveau zu erreichen, blieb unerfüllt. Viel mehr stieg die Skepsis gegenüber der Europäischen Union. Was Ungarn fehlt, ist ein Wunsch, ein Traum, der nur durch die Europäische Union und nicht durch die nationale Regierung erfüllt werden kann. Wenn es so ein Projekt geben würde, dann wäre auch das Interesse für Europa stärker und die Wahlbeteiligung höher. Dieses Projekt ist aber zurzeit nicht in Sicht. Nicht einmal der Beitritt zur Eurozone wird von der Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Ungarn fehlt ein Traum, den nur die Europäische Union erfüllen kann.

4. Vergleich mit westeuropäischen Mitgliedsstaaten

Es empfiehlt sich ein Vergleich mit westeuropäischen Mitgliedsstaaten, um gezielte Handlungsempfehlungen für Mittel- und Osteuropäische Länder geben zu können.

Eine Studie des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission im Anschluss an die Europawahl 2009 kommt zum selben Ergebnis hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Im Gegensatz zu anderen Studien wird der Ursache nachgegangen, warum die Wahlbeteiligung in den westeuropäischen Ländern nach wie vor höher ist.

Der Anteil derjenigen, die regelmäßig der Wahl fern bleiben, ist in den Ländern, die erst 2004 und 2007 in die EU gekommen sind, deutlich höher als in den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus ist der Anteil der Nichtwähler in den Ländern höher, in denen ein generelles Vertrauensdefizit in die Politik vorliegt. Dies ist bei den mittel- und osteuropäischen Ländern stärker ausgeprägt als bei den westeuropäischen Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus ist die Parteiidentifikation in den mittel- und osteuropäischen Ländern niedriger als in den westeuropäischen Ländern. In Ländern, in denen die Parteiidentifikation höher ist, ist auch die Wahlbeteiligung bei der Europawahl höher.²⁸ Dies geht ebenfalls aus den Experteninterviews hervor, in denen betont wurde, dass die Parteiidentifikation in den mittel- und osteuropäischen Ländern kaum vorhanden sei und somit auch die Wähler weniger für die Europawahl mobilisiert werden können.

Nichtwähler finden sich häufiger in denjenigen Ländern, in denen ein generelles Vertrauensdefizit in die Politik vorliegt.

Die neuen Mitgliedsstaaten haben eine stärkere Verbindung zum Nationalstaat als die „alten“ EU-Mitgliedsstaaten.

Bürger aus den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten fühlen sich eher als EU-Bürger als Bürger aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Mangelndes Interesse, mangelnde Kenntnisse der EU-Institutionen sowie eine mangelnde positive Grundhaltung seitens der Politiker gegenüber der EU sind in allen Ländern Ursache für die niedrige Wahlbeteiligung.

Mangelnde Parteiidentifikation, Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber nationalen Politikern, die als Vertreter nach Brüssel gesandt werden, gelten ebenfalls als Bestimmungsgründe.

Wenn man zusätzlich den Fokus auf diejenigen legt, die gewählt haben, zeigt sich Folgendes: Die Zustimmung für Europa ist stärker unter denen verbreitet, die zur Wahl gehen. Zudem wird im direkten Vergleich der 15 Mitgliedsländer vor 2004 und den anschließenden Neuzugängen deutlich: Die „alten“ EU-Staaten fühlen sich weniger stark mit dem Nationalstaat verbunden als die neuen Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedschaft in der EU wird nach wie vor in den westeuropäischen Ländern positiver aufgefasst als in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die nach 2004 der EU beitraten.

Des Weiteren fühlen sich diejenigen, die in den „alten“ Mitgliedsstaaten leben, eher als Bürger der EU als diejenigen aus den neuen Mitgliedsstaaten. Allerdings ist folgender Trend festzustellen: Zwar überwiegt in den alten EU Mitgliedsländern das Gefühl, es folgt aber einem Abwärtstrend. Hingegen ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern ein Aufwärtstrend festzustellen.²⁹

Eines bleibt ungeklärt: Selbst wenn sich die Bürger der jüngsten Mitgliedsstaaten zunehmend als EU-Bürger sehen, spiegelt sich dies nicht in der Wahlbeteiligung wider. Stattdessen erfährt die Wahlbeteiligung in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach wie vor einen Abwärtstrend.

5. Fazit

Die vorliegende Studie weist auf Bestimmungsgründe für die niedrige Wahlbeteiligung in fünf ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern hin. Dabei zeigen sich sowohl länderübergreifende Gemeinsamkeiten als auch länderspezifische Unterschiede.

Eine niedrige Wahlbeteiligung geht nicht zwangsläufig auf eine Unzufriedenheit mit der EU zurück. Stattdessen sind andere Problemfelder als Schlüsselfaktoren für die niedrige Wahlbeteiligung auszumachen: Mangelndes Interesse, mangelnde Kenntnisse der EU-Institutionen und politische Parteien, Politiker und Akteure der Zivilgesellschaft, die keine stärkere (positive) Grundhaltung gegenüber der EU vertreten. Dabei ist vor allem festzustellen, dass die EU und die Europawahl aufgrund von nationalen Interessenschwerpunkten der Politiker kaum beworben werden und der Fokus auf nationale Angelegenheiten gelegt wird. In Zusammenhang mit dem EU-Beitritt ist die Angst zu nennen, die eigene nationale Identität unter dem Mantel einer supranationalen Idee zu verlieren. Dies steht in enger Verbindung zur kommunistischen Vergangenheit (Kroatien und Tschechien). Dennoch ist dies nicht für alle Länder der Fall. In der Slowakei bspw. spielt die nationale Identität hinsichtlich des EU-Beitritts keine Rolle und der Beitritt wurde aufgrund der kommunistischen Vergangenheit begrüßt.

Bedeutend für die Wahlbeteiligung sind zudem die Parteiidentifikation, die Zufriedenheit mit der Politik und das Vertrauen in die nationale Politik. Dies zeigt sich insbesondere im Vergleich zu westeuropäischen Mitgliedsstaaten. Wenn diese drei Komponenten kaum vorhanden sind, wirkt sich dies laut Meinungen der Experten auch auf die Wahlbeteiligung aus. Die Folge ist, dass die Wähler der Wahl fernbleiben. Zudem ist das geringe Vertrauen in die nationale Politik und die nationalen Politiker von besonderer Bedeutung. Es dominiert die Vorstellung, die neuen Mitgliedsstaaten könnten mit ihren wenigen Sitzen im EU-Parlament kaum Einfluss ausüben. Die Länder werden von Politikern in Brüssel vertreten, die im Heimatland erfolglos waren. Darüber hinaus zeigt sich in einigen Ländern die Enttäuschung darüber, dass der EU-Beitritt die ökonomischen Erwartungen nicht erfüllen konnte (Ungarn und Kroatien).

Probleme, wie langanhaltende Beitrittsverhandlungen, fehlende Gemeinschaftsprojekte mit der EU und materialistische Prägung der Gesellschaft, wirken sich nicht positiv auf die Wahlbeteiligung aus.

Eine einflussreiche Rolle spielen zudem die Medien. Insbesondere in Slowenien, der Slowakei und Tschechien, nahm die Bevölkerung die Medienberichterstattung über den Europawahlkampf und die Europawahl kaum wahr. Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der EU und der Europawahl steht zudem das geringe Budget für Wahlkampagnen (Slowakei, Tschechien).

Abseits dieser länderübergreifenden Bestimmungsgründe sind ebenfalls länder-spezifische Bestimmungsgründe zu nennen. In Kroatien haben die langanhaltenden Verhandlungen zu Ermüdungserscheinungen geführt. Seitdem stößt die EU auf weniger Zustimmung. Zudem fehlt ein gemeinsames bedeutsames Projekt, das sowohl von Kroatien als auch von der EU unterstützt wird. In Slowenien und Ungarn fanden 2014, in Tschechien 2013 Parlamentswahlen statt. Die Motivation der Wähler, erneut wählen zu gehen, fiel gering aus. In Ungarn und Tschechien, deren Parlamentswahlen vor der Europawahl lagen, konnte die Europawahl nicht als „Denkzettelwahl“ für die nationale Regierung genutzt werden. In der Slowakei erschweren institutionelle Rahmenbedingungen die Wählermobilisierung. Da die EU als eine post-materialistische Wertegemeinschaft verstanden wird, nimmt sie in Ungarn einen geringeren Stellenwert ein.

6. Handlungsempfehlungen

Eine höhere Wahlbeteiligung sollte im Interesse des EU-Parlaments und der nationalen Regierungen sein. Fünf Maßnahmen dürften für alle Länder und für Akteure vor Ort eine Schlüsselrolle einnehmen.

Stärkung der politischen Bildung in den Mitgliedsstaaten

Den neuen Mitgliedsstaaten wird empfohlen, die politische Bildung stärker zu fokussieren und ins Bildungssystem zu integrieren. Die Kenntnisse über die EU und den damit verbundenen Institutionen müssen vertieft und das Interesse für die EU (wieder-) belebt werden. Dies ist insbesondere in den ländlichen Regionen von Bedeutung. Mit dem EU-Beitritt und der anfänglichen Euphorie in den Beitrittsländern darf die Unterstützung für die EU nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Stattdessen ist intensiveres Engagement u.a. im Rahmen von Kampagnen, Veranstaltungen, Papieren, Beratungs- und Informationsformaten gefragt. Nur so kann die Europäische Union auch weiterhin von der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden. Politiker, Parteien und sonstige Akteure sind nach dem EU-Beitritt noch stärker gefragt, Informationen und gegenwärtige Entwicklungen in der EU in die Bevölkerung hinein zu kommunizieren. Insbesondere in Ländern, in denen die Medienberichterstattung einen geringen Fokus auf die Europapolitik legt, nimmt die politische Bildung eine bedeutende Rolle ein. Dies ist ebenfalls für künftige Beitrittsländer von äußerster Wichtigkeit.

Verbesserung der Kommunikation

Zweitens bedarf es einer sehr viel deutlicheren Kommunikation, welche Konsequenzen die Entscheidungen in Brüssel für die EU-Bürger haben und inwieweit sie von den Entscheidungen persönlich betroffen sind. Wenn die EU-Bürger dies nicht wissen, dann wird auch die Wahlbeteiligung nicht ansteigen und die EU künftig nicht an Unterstützung gewinnen können. Für den Umgang mit weiteren Beitrittskandidaten empfiehlt es sich zudem, den Beitrittsprozess sichtbar zu machen und die Auswirkungen eines EU-Beitritts deutlicher herauszustellen. Zusätzlich müssen die Entscheidungen transparent gemacht werden. Sie dürfen dabei nicht auf einer abstrak-

Verstärktes Engagement in Form von politischer Bildung ist gefragt.

Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, müssen transparent, klar und verständlich sein.

ten Ebene verbleiben, sondern müssen klar, einfach und präzise formuliert werden. Ansatzpunkt hierfür sind insbesondere die nationalen Politiker und die Medien, die ihren Druck auf die Politiker im Europaparlament erhöhen können. Ihnen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie eine wesentliche Kommunikationsverbindung von Brüssel zur Bevölkerung darstellen. Wenn sie nicht über die Entscheidungen und die damit verbundene Auswirkungen sprechen, dann werden es weder die nationalen Politiker und schon gar nicht die Bevölkerung als wichtig erachten.

Spitzenpolitiker als Vertreter nach Brüssel schicken

Drittens nehmen die Politiker als nationale Vertreter eine Schlüsselrolle ein. Neben der Kommunikation und der Unterstützung der EU gilt es ebenfalls diejenigen Politiker für Brüssel kandidieren zu lassen, die auch von der Bevölkerung ernst genommen und als erfolgreich angesehen werden. Politiker, die bereits in ihrem Heimatland gescheitert sind und nun hoffen, in Brüssel doch noch erfolgreich zu sein, werden die Unterstützung in der Bevölkerung nicht finden. Es gilt somit Spitzenpolitiker als EU-Abgeordnete nach Brüssel zu schicken, die bereit sind, sich für die EU zu engagieren. Die Motivation von Spitzenpolitikern aus mittel- und osteuropäischen Ländern nach Brüssel zu gehen, kann positive Rückwirkungen auf die Bevölkerung haben. Erfolgreiche Politiker können das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung für die EU gewinnen. Polen und Lettland haben dies vorge-macht, indem sie mit Donald Tusk und Valdis Dombrovskis ehemalige Ministerpräsi-denten nach Brüssel schickten, die dort bedeutende Ämter bekleiden.

Stärkung des programmatischen Profils

Zudem ist die Stärkung des programmatischen Profils der Parteien zu nennen. Wie der Vergleich mit westeuropäischen Ländern zeigt, leistet die Parteiidentifikation einen bedeutenden Beitrag zur Wählermobilisierung. Durch die Stärkung des pro-grammatischen Profils kann einem weiteren Verlust der Parteiidentifikation entge-gen gewirkt werden.

Eine europäische Identität schließt eine nationale Identität nicht aus

Eine fünfte Schlüsselrolle nimmt die Identität ein. Die neuen Mitgliedsstaaten sind nicht nur neue Mitglieder in der EU, sondern ebenfalls junge Nationalstaaten. Die Entwicklung hin zu einer nationalen Identität traf somit bereits in ihrem Anfangssta-dium auf eine europäische Identität, die als eine supranationale Idee die nationalen Staaten umfasst. Die Gefahr, die eigene nationale Identität zu verlieren bzw. nicht weiter aufbauen zu können, ist somit einer Gleichzeitigkeit geschuldet. Hier gilt es deutlich zu machen, dass die Schaffung einer europäischen Identität nicht den Ver-lust der nationalen Identität bedeuten muss. Stattdessen ist es möglich, Teil einer nationalen und einer europäischen Identität zu sein. Da europakritische Parteien versuchen, diese Ängste eines Identitätsverlustes im Zuge eines EU-Beitritts zu schüren, gilt es, sich den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung bereits im Vorfeld eines EU-Beitritts anzunehmen.

Motivierte Spitzen-
politiker sind in
Brüssel notwendig,
um das Vertrauen
und die Unterstützung
der Bevölkerung zu
gewinnen.

Das programmatische
Profil der Parteien
muss gestärkt
werden, um einem
Verlust der Partei-
identifikation
entgegenzuwirken.

Parteien und sonstige
Akteure müssen
sich den Ängsten
und Sorgen der
Bevölkerung bereits
im Vorfeld der Bei-
trittsverhandlungen
annehmen.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Cześćnik, Mikołaj (2006): Voter Turnout and Democratic Legitimacy in Central Eastern Europe, in: Polish Sociological Review, No. 4, Issue 156, pp. 449-470.*
- *Europäisches Parlament (2014a): Wahlbeteiligung. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015).*
- *Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015).*
- *European Parliament and European Commission (2009): Post-electoral survey 2009. Online verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/EB71.3_post-electoral_final_report_EN.pdf (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014a): Croatia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=98> (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014b): Slovakia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=202> (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014c): Slovenia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=200> (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014d): Czech Republic. <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=60> (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014e): Hungary. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=100> (17.02.2015).*
- *Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014f): Lithuania. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=134> (17.02.2015).*
- *Kušić, Siniša (2013): Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 17, S. 8-15.*
- *OECD (2013): International Migration Outlook 2013.*
- *Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, Nr. 8, pp. 3-44.*
- *Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge.*

- 1] *Der Einfachheit halber wird die männliche Form genutzt. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass dies das weibliche Pendant einschließt.*
- 2] *Siehe Kapitel 3.1. Fallauswahl.*
- 3] *Vgl. Czeński, Mikolaj (2006): Voter Turnout and Democratic Legitimacy in Central Eastern Europe, in: Polish Sociological Review, No. 4, Issue 156, pp. 449-470, p. 453.*
- 4] *Vgl. Europäisches Parlament (2014a): Wahlbeteiligung. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015).*
- 5] *Vgl. Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, Nr. 8, pp. 3-44, p. 9 und 12.*
- 6] *Vgl. Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014a): Croatia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=98> (17.02.2015), Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014b): Slovakia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=202> (17.02.2015), Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014c): Slovenia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=200> (17.02.2015), Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014d): Czech Republic. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=60> (17.02.2015), Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014e): Hungary. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=100> (17.02.2015).*
- 7] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015).*
- 8] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014f): Lithuania. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=134> (17.02.2015).*
- 9] *Die Autorin dankt Tihomir Cipek von der Universität Zagreb für seine Einschätzung, auf der das Kapitel 3.2 beruht.*
- 10] *Anmerkung: Als neues Mitglied wurden im Anschluss an den Beitritt Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten.*
- 11] *Vgl. Kušić, Siniša (2013): Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 17, S. 8-15, S. 14.*
- 12] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (07.01.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014a): Croatia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=98> (17.02.2015).*
- 13] *Vgl. Kušić, Siniša (2013): Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 17/2013, S. 8-15, S. 14.*
- 14] *Die Autorin dankt Vladimír Bilčík vom Research Center of the Slovak Foreign Policy Association (RC SFPA) für seine Einschätzung, auf der das Kapitel 3.3 beruht.*
- 15] *Vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge, S. 3ff.*
- 16] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014b): Slovakia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=202> (17.02.2015).*
- 17] *Die Autorin dankt Mateja Jančar vom Institut dr. Jožeta Pučnika für ihre Einschätzung, auf der das Kapitel 3.4 beruht.*
- 18] *Vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge, S. 3ff.*
- 19] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014c): Slovenia. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=200> (17.02.2015).*
- 20] *Die Autorin dankt Radko Hokovský vom European Values Think-Tank in Prag für seine Einschätzung, auf der das Kapitel 3.5. beruht.*
- 21] *Vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge, S. 4f.*
- 22] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014d): Czech Republic. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=60> (07.01.2015).*
- 23] *Die Autorin dankt Ágoston Samuel Mráz vom Nézőpont Institut in Budapest für seine Einschätzung, auf der das Kapitel 3.6. beruht.*
- 24] *Vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge, S. 4f.*
- 25] *Vgl. Europäisches Parlament (2014b): Ergebnisse der Europawahl 2014. Online verfügbar unter: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html> (17.02.2015) und Institute for Democracy and Electoral Assistance (2014e): Hungary. Online verfügbar unter: <http://www.idea.int/vt/countryview.cfm?id=100> (17.02.2015).*
- 26] *Vgl. OECD (2013): International Migration Outlook 2013, S. 258.*
- 27] *Vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (2005): EU Enlargement and Referendums, New York: Routledge, S. 4.*
- 28] *Vgl. European Parliament and European Commission (2009): Post-electoral survey 2009. Online verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/EB71.3_post-electoral_final_report_EN.pdf (17.02.2015), S. 19, 29 und 34.*
- 29] *Vgl. European Parliament and European Commission (2009): Post-electoral survey 2009. Online verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/28_07/EB71.3_post-electoral_final_report_EN.pdf (17.02.2015), S. 66.*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartnerin:

Franziska Fislage

Koordinatorin für Demokratie, Parteien und Gesellschaft

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3499

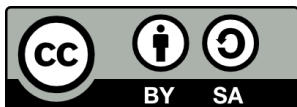
E-Mail: franziska.fislage@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

www.kas.de



*Der Text dieses Werkes ist
lizenziert unter den Bedingun-
gen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe
unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland“,
CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter:
[http://creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))*

*Bildvermerk Titelseite:
UK_Polling_Booth 2011 /
Microchip08 (Eigenes Werk)
[CC0], via Wikimedia
Commons*